

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:

Vierteljahr 4 50 Mt. mit Bringerlohn.

Erscheint dreimal:

Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Borgiszeile 40 Pfg.

Die Reklamezeile 150 Pfg.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Attenhausen, Hömberg, Ellenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 50

Druck und Verlag:
Buchdr. Gebr. Müller, Nassau (Bahn).

Dienstag, 4. Mai 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Bahn).

43. Jahrg.

Das große Hoffen.

W. B. Wir leben in Deutschland buchstäblich von der Hand in den Mund. Aus den Sparfassen werden die Einlagen zurückgezogen, um angesichts der Geldentwertung zur Bestreitung des Lebensunterhaltes verbraucht zu werden. Wir sehen auf der einen Seite die Zerstörung von Sparfassenkapitalen, auf der anderen Seite eine ungeheure Vermehrung von Papiergeldzeichen. Aber diese Papiergeldzeichen sind nur zusätzliche Kaufkraft, kein neues Kapital. Denn die Notenpresse so weiter arbeitet, wie seit Jahr und Tag, so werden wir statt wie jetzt zu sechs Milliarden Mark Papiergeld auch zu sechshundert und sechshundert Milliarden Mark kommen. Es ist aber ohne weiteres klar, daß dieser Milliardenberg keinen Reichtum und vor allem kein werbendes Kapital darstellt. Die Wirtschaft würde durch diese Papiermengen nur belastet, weil alle Preise so gestiegen wären, daß jede Leistung und jede Ware eine Unmenge Papiergeld kosten würde. Gerade das war eine der Voraussetzungen der wirtschaftlichen Entwicklung, daß sich der Zahlungsverkehr immer mehr vereinfachte. Es ist fälschlich kein Unterschied, ob wir, wie gewöhnlich halbwilde Völker, unfürmige Zahlungsmittel mit uns führen oder ständig in der Brusttasche ein Paket Papiergeld bergen müssen. Es handelt sich hier um einen Rückfall in längst überwundene Formen der wirtschaftlichen Entwicklung.

Wir lassen uns einfallen über diesen Rückschritt keine traurigen Haare wachsen. Allgemein lebt ja die Hoffnung, die Vereinigten Staaten oder andere Gläubigerländer könnten und würden Deutschland oder Europa nicht zugrunde gehen lassen. Einmal müßte also die große Kreditanleihe kommen, nach deren Abschluß sich alles bessern werde. — Laßt alle Hoffnungen fahren! Der Kredit und gerade der Auslandskredit ist noch immer Vertrauenssache. So sehr wir es uns auch einreden, für die Vereinigten Staaten besteht kein Zwang, Kapital in das faule europäische Geschäft zu stecken. Es gibt genug überseische Märkte, die lohnenden Verdienst gewähren, die mehr Waren aufnehmen können, als die nordamerikanische Wirtschaft zu erzeugen vermag. Wie oft hieß es nicht schon in den vergangenen Monaten, daß die große Kreditanleihe in der Reuporier Wallstreet auf dem Marsche sei. Europa sollte dafür so viel Rohstoffe erhalten, wie es nur zu verarbeiten vermöge. Es ist nichts daraus geworden, weil das dollarorientierte Kapital anderswo unbegrenzte Möglichkeiten findet.

Das große Hoffen muß wohl oder übel bei uns selbst beginnen. Wir werden es nicht erleben, daß eines Tages in allen europäischen Häfen Schiffe mit Rohstoffen liegen, die nur auf Einladung warten. Wir werden vielmehr unsere Wirtschaft selbst Stufe für Stufe wieder aufbauen müssen. Auch internationale Finanzkonferenzen werden daran nichts ändern. Sie können wohl die Höhe der europäischen Verschuldung feststellen, aber sie können keine Arbeitsenergien aus dem Boden stampfen. Und auf diese kommt es an. Was wir jetzt erleben, ist eine erbarmungslose Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Jetzt beginnt der große Ausleseprozeß der Völker. Wer sich in diesem Kampf um die wirtschaftliche Existenz zu

behaupten vermag, der wird der wahre und dauernde Sieger sein. Die Vorbedingungen für Deutschland sind nicht ungünstig, jedenfalls nicht viel ungünstiger als für viele der „Siegerstaaten“. Nur dürfen wir unser großes Hoffen nicht kurzfristig einstellen. Wir haben unsere Wirtschaft vor dem Kriege nicht in wenigen Jahren aufgebaut. Darin steckte vielmehr der Reiz und die Arbeit ganzer Reihen von Geschlechtern. Auch das Trümmerfeld um und herum ist nicht in wenigen Jahren aufzuräumen. Wir werden uns jahrzehntelang mühselig plagen und einschränken müssen. Aber das ganze Hoffen bleibt eitel, wenn nicht sehr bald und mit rücksichtsloser Energie begonnen wird; bisher hat niemand den Mut gehabt, zu beginnen.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 28. April.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 11,25 Uhr und teilt mit, daß der Reichspostminister ihm angezeigt habe, daß der Reichsrat gegen das Gesetz über die Vermögensgegenstände erhoben habe und es der Nationalversammlung zur nochmaligen Beschlussfassung überweise. Das Gesetz geht an den Haushaltsausschuß.

Der Ausschuss für die Geschäftsordnung beantragte, die Genehmigung zur Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Abg. Dr. Marek (D. Vp.) zu erteilen. Der Antrag wird angenommen. Derselbe Ausschuss beantragte, betreffs der Verhaftung des Abg. Golschorn (Hospitalist beim Zentrum) und der verurteilten Verhaftung des Abg. Schiele beiden Abgeordneten das Bedauern des Hauses auszudrücken und den Reichskanzler um Befreiung der Schuldigen zu ersuchen.

Reichsminister Koch bedauert lebhaft die Vorkommnisse. Es war bisher nicht möglich, von der preussischen Regierung genügend Aufklärung zu erhalten. Ich habe dem Abg. Schiele bereits mein Bedauern ausgesprochen. Im Falle Golschorn ist die Schuld des Kommandierenden Generals nicht nachweisbar. Die Verantwortung scheint in beiden Fällen dem Polizeipräsidenten zuzufallen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Derselbe Ausschuss beantragte, die Genehmigung zur Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen den Abg. Fraß wegen Landesverrats nicht zu erteilen.

Bei der Abstimmung ergibt sich die Beschlussfähigkeit des Hauses.

Präsident Fehrenbach eröffnet die 174. Sitzung um 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Entwurfs eines Besoldungsgesetzes.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß der Altersauschuß sich dahin geäußert hat, bei diesem Gesetz von einer Debatte abzusehen.

Abg. Frau Jiey (U. Soz.) widerspricht dem.

Abg. Allekette (Zentr.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Die überflüssigen Beamten der Post- und Eisenbahnverwaltung müssen in andere Stellungen, z. B. in die Landwirtschaft, abgegeben werden.

Unter Annahme einiger Änderungsanträge der Mehrheitspartei und Ablehnung der Anträge der

eine Reihe von Paragraffen angenommen. Das Diätariat wird in der Vorlage begrenzt, aber erst von 1925 ab.

Abg. Steinkopf (Soz.) beantragt, die Diätare mit der vollen Teuerungszulage zu bedenken.

Die Abg. Koch (Zentr.), Jiey (U. Soz.), Benemann (D. Vp.) und Allekette (Zentr.) stimmen dem zu. Der Antrag wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes und die Entschließung des Ausschusses.

Es folgt die dritte Lesung der Vorlage.

In § 9 wird ein Antrag Delius (Dem.) eingebracht, die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Wonach das Besoldungsdienstalter der Soldaten, welche unter Verbleib in derselben Besoldungsgruppe befördert werden, um zwei Jahre vorgerückt wird. General Reinhardt bittet um Annahme dieses Antrages. Abgeordneter Schulz-Bromberg (Nat. Vp.) widerspricht dem, da bei der Kürze der Zeit eine Stellungnahme unmöglich sei. Abg. Steinkopf (Soz.) stimmt dem Antrag zu.

Der Antrag wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Betriebsrätegesetzes betreffs des Erlasses neuer Arbeitsordnungen. Der Gesetzentwurf wird in allen drei Lesungen erledigt.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung in Verbindung mit der zweiten Beratung eines Gesetzentwurfs betreffs der Kosten der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Reichsarbeitsminister Schlieke: Die vorliegenden Gesetzentwürfe entspringen der Pflicht der Dankbarkeit des Vaterlandes gegen die Opfer des Krieges und ihre Hinterbliebenen. Neu sind darin besonders der Anspruch auf Heilbehandlung und Berufsausbildung. Die Rente ist der Kern des Gesetzes.

Abg. Meier-Sachsen (Soz.): Wir begrüßen das Gesetz.

Abg. Dr. Luppe (Dem.): Die Anträge der Rechten und Linken, die die finanzielle Seite des Gesetzes betreffen, sind mit der Finanzlage des Reiches unvereinbar. Die Grundrenten dürfen nur auf normale Zustände berechnet werden.

Abg. Bruhn (Nat. Vp.) befürwortet die Anträge auf Erhöhung der Grundrenten und Schwerbeschädigten-Zulagen, ferner auf Erhöhung der Versorgungsgeldbeträge.

Abg. Andre (Zentr.) wünscht das Gesetz noch weiter ausgedehnt. Die Rechte an die Beschädigten müssen beschleunigt werden.

Abg. Laubant (U. Soz.) begründet Anträge seiner Partei, die eine noch weitergehende Erhöhung der Leistungen fordern als die Anträge Bruhns.

Abg. Schwarzer (Bayr. Vpt.) stimmt den Kommissionsbeschlüssen zu.

Reichsarbeitsminister Schlieke: Die Anträge Bruhn und Laubant gehen zu weit. Für die Opfer von Fliegerangriffen wird im Reichsamt des Innern eine Vorlage ausgearbeitet.

Im trauten Elternhaus.

Roman von E. v. Winterfeld-Warnow.

42

Wohl war sie nicht die Mutter! Und doch liebte sie ihr Kind wie eine solche, doch bangte sie um dieses Kindes Leben, wie es kommt die Mutter gekümmert hätte. Und von kam die bittere, bittere Qual, wenn sie sich sagte: „Bin ich schuld, weil ich Emil bei mir behielt?“

Doch keine ärgliche Autorität den Wölbhinnen für gefährlich erklärt hatte, das entlastete sie nicht. Und sie hatte es doch nur gut gemeint! Sie hatte einen Menschen retten wollen und hatte dadurch das Leben ihres Liebsten gefährdet. „Einfach“ hatte sie geheißt! Würde sie nie wieder so leicht und eifrig durch die Klänge huschen? Nie wieder so gierig und flink springen und tanzen und laufen?

Au ihre freie Zeit widmete Klara fortan dem Mädchen, indem sie sie lehrte, sich im Liegen zu beschäftigen. Sie brachte ihr Wachs und Bleistift zum Aneinanderreihen, und Eise machte reizende kleine Kunstwerke daraus. Es zeigte sich ein Talent bei dem Kinde, das niemand erwartet hatte. Und wenn ihre Gesundheit und ihre Kräfte auch nie ausreichen würden, daß sie diese Beschäftigung als Beruf ergreifen könnte, so gab sie ihr doch Anregung und Freude in ihren vielen einsamen Stunden.

In Eva aber ging die Weichheit, die in der ersten Zeit nach dem Wande an ihr allen aufgefallen war, jetzt in ein Gefühl der Bitterkeit über.

Als die eitle Mutter nach und nach merkte, daß Elses Beförderung nur langsam voranschritt, als sie zu ahnen anfangte, daß sie vielleicht nie wieder ein ganz gesundes, frisches Mädchen werden würde, da haberte Eva mit dem Geschick. Weisheit possierte ihr das? Was hatte sie verschuldet? Sie sollte eine lahme Tochter haben? Ein unglückliches Wesen, nach dem sich die Leute auf der Straße mitleidig umsehen? Nie, nie würde sie das erwinden! Und wieder sagte sie, wie sie es in der Feuersnacht gesagt hatte: „Klara ist schuld!“

Sie wollte jetzt hier heraus. Sie wollte nicht mehr Gast sein in Klaras Hause. Wilhelm sollte wieder aufbauen. Dann mußte er ja doch, dazu zahlte ja die Versicherung!

Daß Wilhelm mit Sorgen kämpfte, wie er die alten Schulden begleichen sollte, die der Bau verursacht hatte, wie er die Kosten all des Aufwandes bezahlen sollte, den seine Frau in jener Zeit getrieben hatte, das ahnte sie nicht. Er hatte auch nicht den Mut, es ihr zu sagen. Aber zu irgend jemand aussprechen mußte er sich. Er ertrug es nicht mehr, schweigend zu kämpfen und zu sorgen. Und wieder war es Klara, der er sich endlich offenbarte, und der er seine Sorgen anvertraute. Wilhelm's Erzählung traf Klara nicht unvorbereitet. Sie hatte es kommen sehen. Sie hatte ja auch oft genug Andeutungen von Thierie, von Justizrat Salburg, von ihren Leuten gehört. Die Klara hätte konnte nicht mehr voran kommen. Es war nur das gutgehende, sichere Sägewerk, das Wilhelm vor dem Bankrott bewahrte. Aber die Möbelleisanten, der Baumeister und die Handwerker drängten. Er wußte nicht mehr aus noch ein.

Klara sah und rechnete.

Wilhelm durfte nicht zugrunde gehen.

Waters Gründung, die Klara hätte, sollte nicht so bald, nur zwei Jahre nach seinem Tode, sich auflösen oder in andere Hände übergehen. Ihr war ja alles gegliedert in diesen beiden Jahren, sie hatte weitere glänzende Aussichten für die Zukunft, sie konnte ihm helfen! Diesmal aber mußte sie Justizrat Salburg zu Rate ziehen. Sie mußte sein Urteil hören, ob sie nicht in ein Sieb mit vielen Löchern schöpfte, das allen guten Willen zur Unmöglichkeit machte.

Salburg sagte: „Ja, Fräulein Klara, ich verstehe, daß Sie helfen möchten. Sie können es auch. Und es wird auch für Wilhelm noch Hilfe zur rechten Zeit sein. Aber ich knüpfe eine Bedingung daran. Unserer Besprechung, unserer ganzen geschäftlichen Sitzung muß Eva beizuwohnen. Sie muß hören, wie es steht, und sie muß wissen, daß sie einfach und bescheiden und klein wieder anfangen müssen. Daß ein Haus, aber kein Schloß gebaut werden muß, daß sie kein Herr von Diensthöfen beanspruchen darf, sondern daß sie selbst etwas tun muß im Haushalt. Sie muß die Geschäftin ihres Mannes werden, nicht sein teures Spielzeug! Die Operation wird sehr schmerzhaft sein. Ist sie aber überhaupt fähig, sich zu ändern, so ist es nur aus diese Weise möglich.“

Eva war sehr erstaunt, als Klara sie zu einer Besprechung in ihr Kontor bat

Sie war noch erstaunter, als sie dort Salburg und ihren Mann vorfand.

Man bat sie, Platz zu nehmen, und Salburg ergriff das Wort. Er sprach von den Schwierigkeiten, mit denen die Klara hätte zu kämpfen gehabt hätte seit dem Tode des alten Herrn, weil dem Werk durch das Auszahlen der geschuldeten Vermögensanteile zu viele Hilfsquellen entzogen worden waren. Er sprach von den wirtschaftlichen Nöten, dem Konkurrenzkampf und kam endlich auch auf die vielen unnötigen Ausgaben und Anschaffungen, den Bau des Schlosses, den Luxus, mit dem es eingerichtet wurde, und auf den Glanz der Lebensführung, wie Frau Eva sie liebte. Jedes Wort war ein Reueinschlag für die lahme Frau, die so still in ihrem Sessel saß, als wäre sie nichts. Und doch verstand sie jedes Wort. Sie blinzelte nicht auf zu dem graufamen Mann dort, der ihr so hart und unerbittlich ihre Fehler vorhielt, denn wenn er ihren Namen auch kein einziges Mal nannte, so fühlte sie es, jedes Wort galt ihr, ihr allein. Und ihr Mann wußte es auch.

Er hatte manchmal das Gefühl, als müsse er den Justizrat unterbrechen, als müsse er sagen: „Ich wollte es ja auch so, schone sie, ich bin schuld!“

Aber ein Blick in das alte, ernste Gesicht dort drüben ließ ihn schweigen. Er kannte ja Salburg seit seinen Anabenjahren und wußte, der meinte es nur gut mit ihnen allen.

Und wenn auch seine Liebe zu seiner Frau noch groß genug war, um ihre Beschämung, ihre Qual wie eine eigene zu fühlen, so sagte ihm sein Verstand doch: nur so kann sie gesunden zu einem Leben der Tätigkeit, der Einfachheit und des Friedens.

Und Salburg fuhr fort: Fräulein Klara Braßmann will nun, nach Rücksprache mit mir und ihrem Bruder, die aufsummierten Schulden übernehmen. Soviel sie kann, will sie gleich davon tilgen, das übrige im Laufe der Zeit. Ja, als ihr Anwalt und Berater, mache allerdings die Bedingung, daß das neue Haus als ein einfaches, praktisches und gesundes Haus erbaut werde, daß der Haushalt in gut bürgerlicher, einfacher Art gegründet werde, ohne Diener und Kutscher und Wirtschaftlerin, und wie ein städtischer Haushalt mit zwei Dienstmädchen.

Unter Ablehnung der erwähnten Anträge und unter Annahme eines Antrages Andre (Zentr.), der das Sterbegeld erhöht, werden die Gesetzentwürfe in der Fassung des Ausschusses angenommen. Ebenso wird angenommen die Entschädigung betreffend Kriegsinvaliden aus früheren Kriegen.

Die beiden Gesetzentwürfe werden darauf in dritter Lesung erledigt und einstimmig angenommen. Donnerstag, 10. Uhr, Reichshaus, Sitzung, Tumult, Schand, Postgebühren u. a. Schluß 8 1/2 Uhr.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 29. April.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.25 Uhr. Nach Erledigung von Petitionen und dem mündlichen Bericht des Ausschusses betreffend der Wohnungs-, Siedlungs- und Heimstättenfrage wird der Gesetzentwurf über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel in zweiter und dritter Lesung angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs eines Reichshausgesetzes.

Zu § 28 wird ein Antrag Dr. Runke (D. Vp.) angenommen, wonach die Entschädigung gegen angemessene Entschädigung zu erfolgen hat. Das Gesetz wird angenommen, ebenso in dritter Lesung.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die durch innere Tumulte verursachten Schäden.

Abg. Waldstein (Dem.): Der Entwurf trägt die Spuren des Kompromisses an sich. Immerhin bedeutet das Kompromiß des Ausschusses eine erhebliche Verbesserung gegenüber der Regierungsvorlage.

Abg. Dr. Hersfeld (Zentr.): Wir stimmen dem Gesetz zu.

Abg. Bruhn (Dnat. Vp.): Wir müssen gegen das Gesetz stimmen.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Zum Einspruch des Reichsrats gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung über den Entwurf des Postgebührengesetzes wegen gebührenpflichtiger Dienstpostkarten und Briefe berichtet.

Abg. Waldstein (Dem.), daß der Ausschuss empfiehlt, in diesem Punkt vorläufig die Regierungsvorlage wieder herzustellen, die Reichsregierung aber zu ersuchen, durch Gesetz die Frage alsbald endgültig zu regeln.

Reichspostminister Siebschitz erklärt sich damit einverstanden. Bis zum Herbst werde eine entsprechende Vorlage eingebracht.

Die Ausschüsse werden angenommen.

Ein Gesetz betreffend Übernahme einer Haftung des Reiches für die Lasten des Saarbrücker Knappheitsvereins wird in allen drei Lesungen erledigt.

Der mündliche Bericht des 18. Ausschusses für die Ausführung des Friedensvertrages über eingegangene Petitionen wird erledigt, und eine Entschädigung des Ausschusses betreffend angemessene Entschädigung der Teilnehmer, die sich an die Entente abgeben müssen, angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des von allen Parteien eingebrachten Gesetzentwurfs über Änderung der Leistungen und der Beiträge der Invalidenversicherung.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die erste Beratung eines vom Abg. Schneider-Sachsen (Dem.) und Gen. eingebrachten Gesetzentwurfs über weitere Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird der Gesetzentwurf an den 5. Ausschuss verwiesen. Der Antrag Dr. Bachmair (Dem.) und Gen. betreffend Wünsche für Krankenhäuser usw. wird erledigt. Ein Gesetzentwurf, eingebracht von allen Parteien zur Wiederanbahnungsverfahrens gegen Urteile der außerordentlichen Kriegsgerichte wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs betreffend Ausübung der Militärgerichtsbarkeit.

Präsident Fehrenbach schlägt vor, die Verhandlung dieses Punktes der Tagesordnung vorläufig auszusetzen, ebenso die des nächsten betreffend die Stellung der Heeresjustiz und der bei ihnen beschäftigten Soldate.

Dies geschieht. Der Gesetzentwurf über die steuerliche Behandlung der im Reichsausgleichsgesetz und im Einkommensgesetz geregelten Ansprüche und Verbindlichkeiten wird an den 6. Ausschuss zurückgewiesen. Eine Reihe von Ausschussberichten wird genehmigt.

Präsident Fehrenbach erklärt, daß die Beschlüsse des Hauses unzweifelhaft bestehen und das Haus von einer Beratung der zurückgestellten Punkte (Militärgerichtsbarkeit u. a.) absehen müsse.

Nächste Sitzung am 19. Mai, 3 Uhr. Schluß nach 3 Uhr.

Zustände.

Seit etwa vier Wochen stehen, wie die „Post. Ztg.“ schreibt, auf dem Güterbahnhof Lichterfelde-L an die 30 Güterwagen, hochgeladen mit Heu und Stroh. Seit einigen Tagen sind sie verfahren, nach Tempelhof dirigiert worden, wie man sagt. Sie kamen, vor etwa vier Wochen, aus Ostpreußen; die Wagenzettel der Abdestination waren überliefert, jedoch weder Abgangsdatum noch der ursprüngliche Abfahrsort festzustellen waren. Es ist aber anzunehmen, daß die Wagen auch schon in Ostpreußen mehrere Tage gestanden haben. Empfänger ist die Reichsversorgungsstelle Ostpreußen; ob der Weg von Lichterfelde nach Ostpreußen über Tempelhof der kürzeste oder nur der sogenannte Dienstweg ist, ließ sich nicht feststellen. Dagegen steht fest, daß das Heu und das Stroh, das schätzungsweise einen Wert von über 100 000 Mark darstellt, schon halb verdorben in Lichterfelde anlag; die vier Wochen genügen gerade, die Fäulnis zu vollenden. Die 30 Wagen stehen sich naturgemäß nicht so stark bewachen; es wurde gestohlen, nicht nur die Ladung, sondern auch die Decken und Planen, die sie vor Regen und Kälte schützen sollten.

Der Verlust des unerlösten Futters ist also sicher; denn das verdorbene Stroh ist bestenfalls noch als Streu zu verwenden. Aber dieser Verlust verschluckt sich: 30 Wagen sind (feststellbar) vier Wochen dem dringenden Güterverkehr entzogen worden! Und dieser Verlust scheint überhaupt unermesslich.

Der Vorhieb der Güterbahnstation verweigert jede Auskunft; aber man glaubt gern, daß ihn die Schuld nicht trifft. Die Eisenbahndirektion weiß von nichts; die Wagen selbst sind in Tempelhof „beheimatet“. Nur eine

Zeile in der Eisenbahndirektion sagt etwas zu ihnen: „Ach ja, das ist aber nur ein Zug in Lichterfelde. In Berlin sind gegenwärtig 400 bis 500 Güterwagen; seit Wochen, alle auf den Ring- und Vorortbahnhöfen!“ — „Und warum?“ — „Ja, die Provinzialen behaupten, sie könnten die Wagen jetzt nicht entladen; da werden sie eben von einem Bahnhof zum anderen geschoben, denn jeder will sie los sein.“

Eine belächelte Fahrt auf der Ring- oder Vorortbahn bestätigt diese Auskunft; überall stehen ganze Herden Strohzüge. Auf dem Hamburger Güterbahnhof sind schon ein paar Wagenladungen verbrannt. Die großen Strohmengen bilden stets Feuergefahr für den gesamten Güterverkehr.

400 bis 500 Güterwagen stehen wochenlang unbenutzt; 500 000 Zentner Heu und Stroh verderben. Der Gesamtverlust ist unermesslich.

Für Tagesgeschichte.

Süd und Nord untrennbar!

Der württembergische Landtag beriet eine Anfrage des Abgeordneten Pajzille (Bürgerpartei) mit der Bitte um Auskunft über die Gerüchte, daß sich Frankreich mit den süddeutschen Regierungen in Verbindung gesetzt habe zum Zwecke der Trennung von Süd- und Norddeutschland.

Landtagspräsident Bloß erklärte im Laufe der Beratung, es sei richtig, daß die Bestrebungen, den Süden vom Norden zu trennen, noch nicht aufgegeben seien. Die kürzlich versammelten süddeutschen Regierungen samt Sachsen hätten eine einheitliche Erklärung gegen jede Lostrennung vom Reich abgegeben. In den Gerüchten, Frankreich habe sich mit den süddeutschen Regierungen in Verbindung gesetzt, sei kein wahres Wort. Es sei leichtfertig und gemeingefährlich, wenn solche Gerüchte immer wieder verteidigt würden. Präsident Bloß sah die Aussprüche dahin zusammen, alle Gerüchte nach Trennung der deutschen Einheit werden auf entschiedenen Widerstand stoßen. Das württembergische Volk hänge treu und fest an der Reichseinheit, und die deutschen Stämme sind auf das Engste verbunden, und keiner Macht auf Erden, auch nicht Frankreich, wird es gelingen, sie zu trennen.

Der Landtag nahm die Rede seines Präsidenten mit lebhaftem, anhaltendem Beifall auf.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Der Gegenkessel.

Auf Anordnung der Reichsregierung sind sämtliche Zeitungs- und Informationsblätter aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen worden. Die Arbeiter haben beschlossen, Protestschreiben zu senden, um der neuerdings drohenden bolschewistischen Gefahr im Ruhrgebiet energisch entgegenzutreten zu können. In Düsseldorf haben im Laufe der letzten Tage neue kommunistische Versammlungen stattgefunden, die die Adressen aller Arbeiter beschloßen. Der Zustand in Düsseldorf ist unheilbar geworden. Die Einwohnerwehr erklärt sich zu Sicherheitsgarantien außerstande.

Die Abrüstung.

Ein deutsches Angebot.

Neuer die mit der Reichswehr zusammenhängenden Fragen der Friedensverträge wird aus dem Reichswehrministerium mitgeteilt, daß von deutscher Seite der Entente die Ablieferung von 12 000 leichten Geschützen, 217 Geschützgeschüssen, 250 schwere Kanonen, 33 000 Minenwerfern, 21 676 Maschinengewehren, 3777 schweren Geschützen, 15 5 Millionen Artilleriegeschossen und 28,5 Millionen Gewehrpatronen angeboten worden ist. Aus leicht begreiflichen politischen und wirtschaftlichen Gründen wünschen die deutschen Stellen, daß die Ablieferung an die Entente nicht in dem Sinne erfolge, daß die Geschütze usw. einfach den Eigentümern wegzunehmen, sondern daß es Deutschland frei bleibt, das Material zu zerstören und das volkswirtschaftlich so wichtige Eisen, Kupfer, Zink und sonstiges Material wieder der deutschen Volkswirtschaft zuzuführen.

Was den Flugzeugpark betrifft, so ist am 10. März 1920 die Ablieferung von 172 Dienstflugzeugen und 300 Privatflugzeugen beschlossen worden. 400 Flugzeuge und 820 Flugzeugmotoren sind insgesamt zur Ablieferung an die Entente bereitgestellt worden. Die Ablieferung stieg aber auf 500 Flugzeuge, die ausschließlich bei den Ententemächten liegen, weil diese sich noch nicht über die Verteilung unter sich geeinigt haben. An Bestimmung wurde uns genehmigt: Für die Entente und Dispositionen steht der Friedensvertrag für Königsberg 678 schwere Geschütze, 530 leichte und 60 Geschützgeschossen vor, im ganzen 1108 Rohre. Die Festung Königsberg i. S. ist mit 41 schweren, 28 leichten und 18 anderen Geschützen besetzt, verfügt also im ganzen über 90 Rohre. In dieser Angelegenheit zwischen den deutschen Stellen und der Entente bestehende Meinungsverschiedenheiten liegen in der vorliegenden Angelegenheit einzelner Paragraphen des Friedensvertrages. Nach Ansicht der Entente läßt die geringe Anzahl der Geschütze nur eine geringe Bestimmung in Frage. Die deutschen Stellen haben aber ihre schwerwiegenden Gründe dafür, daß die Bestimmung unter den heutigen Verhältnissen größer sein müsse, als früher und es wird dabei auf die Beispiele von Ostpreußen und Danzig verwiesen. Geringe Differenzen bestehen über die Frage der Beschaffung der Festungen. In den Festungen Wesel und Köln sollen nach den Wünschen der deutschen zuständigen Stellen, die Mäule und andere nicht mehr militärisch brauchbaren Anlagen im gegenwärtigen Zustand bleiben, weil ihre Abfertigung erhebliche Kosten verursachen würde.

Man hofft, die Meinungsverschiedenheiten mit Leichtigkeit beseitigen zu können. Was die Heeresstärke betrifft, so betrug sie am 5. April nur noch etwa 30 000 mehr als die für den 15. Mai festgesetzte 200 000-Mann-Grenze.

Die Verhandlungen in Spa.

Drei Fragen.

Die der Londoner Korrespondent des „Temps“ mitteilt, verleihe ihm eine Persönlichkeit aus der unmittelbaren Umgebung Lloyd Georges, der deutsche Kanzler müsse in Spa folgende drei Fragen beantworten:

1. Warum verleihe Deutschland so oft die Verträge?
2. Wie will es dem in Zukunft vorgehen?
3. Welches sind die wirklichen Quellen, über die Deutschland verfügt, und welches sind seine Zukunftsmöglichkeiten?

Der Eindruck der englischen Regierung, daß sich auf verschiedene Berichte, die sie aus Deutschland erhielt, füge, sei der, daß die Regierung von Berlin sich loyal verhalte, alles zu tun, was möglich sei, um den Friedensvertrag auszuführen. Man glaubt in London, daß die Regierung von Berlin jede Hoffnung aufgabe, daß der Friedensvertrag terminiert werde angesichts der einseitigen Haltung der Militärs nach dieser Richtung hin.

Lloyd George über San Remo.

Der „Telegraph“ meldet: Lloyd George gab im englischen Unterhaus die mit Spannung erwartete Erklärung über die Verhandlungen von San Remo ab. Er sagte u. a. folgendes: Bevor die Alliiertenkonferenz in San Remo zusammentrat waren einige Mißverständnisse entstanden. Ich meine mich aber, erklären zu können, daß die Luft wieder rein ist. Soweit sich feststellen läßt, ist jeder von den Ergebnissen in San Remo befriedigt. Den Deutschen wurde mitgeteilt, daß von dem Augenblick an, wo die Truppenzahl im Ruhrgebiet auf die in der Note der Alliierten vom 8. August zugesandene Höhe zurückgebracht ist, die französischen Truppen Ardennen und Dormstadt verlassen. Die Konferenz hat jeden Verdacht beseitigt, daß der Vertrag von Versailles nicht zur Anwendung gebracht werden wird. Wir beschloßen zum ersten Male, deutsche Minister einzuladen, um verschiedene Fragen zu besprechen. Es besteht keine Meinungsverschiedenheit über die Entschädigung, aber bei der Forderung auf Entschädigung steht man auf der großen Schwierigkeit, daß vielleicht niemand in Deutschland die geeignete Macht besitzt, um diesen Eschluß auszuführen. Was die Entschädigungsfrage angeht, so müssen wir zu erfahren, welche Vorschläge Deutschland macht, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Wir wissen sehr gut, daß Deutschland bei seinen bisherigen Forderungen nicht bezahlen kann, aber wir wünschen zu sehen, daß es nachdenkt, wie es seine Verpflichtungen erfüllen kann. Lassen wir also den deutschen Vorschlag nach Spa kommen mit dem einen oder anderen Vorschlag über die Symme, die Deutschland bezahlen kann, oder über die Art der Bezahlung, oder lassen wir ihm einen anderen Vorschlag über die Abtragung der Verpflichtungen Deutschlands machen.

Aus dem besetzten Gebiet.

Koblenz, 30. April. Nach Mitteilung des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete in Koblenz ist die Zulassung folgender Gesetze für das besetzte Gebiet durch die Interalliierte Rheinlandskommission erfolgt: a) Reichsgesetz, betr. 1. Kleingarten- und Kleingewerbeverordnung vom 31. Juli 1919; 2. Abgeltung von Ansprüchen gegen das Reich vom 4. Dezember 1919; 3. Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol vom 19. Februar 1920; 4. Militärverwaltungsgerichte sowie über das Verfahren vor ihnen vom 15. Febr. 1919; 5. Maßnahmen gegen Kapitalflucht vom 14. Januar 1920. — Es ist zur Bedingung gemacht, daß für a) lierte Renten der in § 1 auf den 8. September festgesetzte Zeitpunkt auf den 10. März verschoben wird. — b) preussisches Gesetz, betr. steuerliche Vorrechte in eingemeindeten Cristallen vom 25. Februar 1919.

Eugen und Malmédy.

Berlin, 30. April. Der belgische Oberkommissar für die Aisne Eugen und Malmédy erließ folgende Verordnung: Mit Geldstrafe bis zu 1000 Franken und Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer versucht, neben den von den belgischen Behörden aufgelegten Listen zur Volksbefragung besondere Listen aufzulegen oder zirkulieren zu lassen oder sich in eine solche Liste einzeln oder eine Veränderung des im Friedensvertrag vorgesehenen Abstammungsmodus bezieht. Schon vor einiger Zeit mehrten belgische Behörden, daß unter der Bevölkerung von Eugen und Malmédy Listen umherliefen, in denen die Bewohner ihren Willen, ob sie deutsch bleiben oder belgisch werden wollten, zum Ausdruck bringen wollten. Damit hängt die Verordnung offenbar zusammen. Es handelt sich um die Belohnung der Bevölkerung, die sich selbst heraus versuchen sollte, ein klares, unmissverständliches Bild über die Gesamtbevölkerung zu erhalten, denn die Eintragung in die von den belgischen Behörden aufgelegten Listen wird durch kaum glaubliche Vergeltungsmaßnahmen, mit denen die belgischen Behörden gegen jeden vorgeht, der für Deutschland stimmt, geradezu unmöglich gemacht. Die neue Verordnung kennzeichnet den Willen der belgischen Behörden, mit allen erdenklichen Mitteln zu verhindern, daß ein klares Bild von der wirklichen Stimmung der Bevölkerung zustande kommt.

Ein Saarparlament?

Berlin, 30. April. Nach einer Meldung des „A. Z.“ aus Saarbrücken hat sich eine Massenversammlung der Bundes der Handwerker im Saargebiet eingesetzt für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Reich und für die Schaffung eines Saarparlamentes ausgesprochen.

Seine Ehre.

Ein Dieb, der bringt. Aus Kahl in Thüringen wird uns das folgende drollige Erlebnis berichtet: Ein Gastwirt in dem nahen Dorfe Altenberga verlegte nachts einen Einbrecher, der so rasch flüchtete, daß er einen großen Kuchel voll allerlei Köstlichkeiten mitnehmen vergaß, als da sind Speck, Schinken, Bismarck und ähnliche gute Dinge. Der Gastwirt, ein handfester Mann verfolgte den Dieb bis zum Ende des Dorfes, konnte ihn jedoch nicht festnehmen. Als er heimkehrte, bemerkte er, daß der Dieb auch noch ein fast neues Fahrrad hatte stehen lassen. Solche nützliche Befunde kann man sich, selbst in wie mehren, gerne gefallen lassen. Er wollte holen und — brachte!

Fall Helmhafe. In dem Prozeß gegen den Oberleutnant Hiller hat das Berliner Kriegsgericht wegen Mißhandlung mit Todeserfolg auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis und Dienstentlassung erkannt, wegen des Auftritts auf 4 Monate und wegen der Ehrbeleidigung auf 2 Monate Gefängnis. Der Angeklagte wurde zu einer Gesamtsstrafe von zwei Jahren Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt.

Zur Fremdenlegion. Aus London wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet: Zuverlässigen Berichten aus der Rheinpfalz zufolge hat der Bistrom zur französischen Fremdenlegion in den letzten Wochen außerordentlich zugenommen. Im März und April haben sich annähernd 300 000 Mann zur Fremdenlegion gemeldet. Sie wurden in Landau in ein Sammellager gebracht, von wo der Weitertransport stattfindet.

billigt Frh. v. Oechelhaeuser,
Siegen i. W., Wilhelmstr. 9

Die hungernden Kinder.

Die Zahl der hungernden Kinder in 43 deutschen Großstädten hat die Million bereits überschritten. Es ist natürlich nicht möglich, genaue Zahlen zu beschaffen. Aber eine Zählung in den Städten über 100 000 Einwohner, wo die Not allzeit größer war, ergab 1 036 506! Dabei sind nur die Kinder unter 14 Jahren gezählt. Wollte man die Jugend zwischen 14 und 18 Jahren eingerechnen, die Zahl läge noch furchtbarer aus.

Es muß dankbar anerkannt werden, daß die Hilfsvereine aus neutralen Ländern alle Kräfte aufbieten, um die Not zu lindern. Man hat Kinderheime, Kinderkrankenhäuser errichtet, mit Schulstipendien und ähnlichem begonnen. Aber alle diese Anstrengungen gleichen einem Tropfen, der auf eine glühende Herdplatte fällt. Die Not, die in den Kinderheimebetrieben verabsolutet wird, besteht aus Milch und Brot einer Stiftung des Holländischen Roten Kreuzes aus zehn Teilen Kaffee. Aber die zur Verfügung stehende Tagesmenge in den 43 Großstädten deckt nur 48,7 Prozent, also noch nicht einmal die Hälfte des allerniedrigsten Bedarfs. Täglich fehlen 713 625 Liter Milch! Dabei ist die Sonderzuteilung von mindestens 1/2 Liter für jedes tuberkulöse Kind, zusammen 100 317 Liter täglich noch nicht berücksichtigt. Ist es ein Wunder, daß sich die Zahl der tuberkulösen Kinder verzehnfacht hat, daß heute jedes 16. Kind schon mit dieser furchtbaren Krankheit befallen ist. Wollte man allen kranken und unterernährten Kindern 1/2 Liter Milch täglich zuwenden, so würde das täglich 92 793 Dollars (1 Dollar ist heute rund 75 Mark, achtehnmal so viel wie vor dem Kriege!), also über 6 Millionen Mark täglich erfordern, wobei ein Zusatz von täglich 30 931 Kilogramm Kaffee eingerechnet ist. Dazu kämen dann noch für die fehlenden 713 625 Liter rund 1 000 000 Dollar.

Der Mangel an Kleidung und Wäsche ist nicht minder erschreckend. An 75 vom Hundert aller deutschen Kinder sind unvollständig bekleidet. Daß auch dadurch die Sterblichkeitsziffer in die Höhe getrieben wird, liegt auf der Hand. Schon 1917 war sie bei den Schulkindern zwischen 13 und 15 Jahren über 1 1/2 mal so groß wie 1913. Lungentuberkulose und Darmkrankheiten wüten verheerend zugleich mit tödlichem Ausgang. Sie haben ja keine Würgengel, haben sich in 5 Jahren kaum einmal fassen können, ohne Hoffnung, ohne Zukunft, rettungslos zum Untergang bestimmt.

Mit schwachvoll gefesselten Händen sieht das deutsche Volk all diesem hohlwangigen Elend gegenüber; machtlos, wehrlos muß es das Grauen über sich ergehen lassen. Aber sein Mitleid und Bedauern an das Gewissen der Menschheit wird und darf nicht ungehört verhallen!

Helft! Helft den deutschen Kindern!

Landwirtschaftliches.

Der Obstgarten im Mai. Viel Arbeit in diesem Monat bereitet die Bekämpfung der Schädlinge aller Art. Blatt-, Blüt- und Schildläuse, Äpfel- und Vorkentäfer, Frospanner, Ringelspanner und Gespinnsmotten und manche andere, Ameisen nicht zu vergessen, beginnen ihr Zerstörungswerk bzw. setzen es fort. Bei Anwendung von Spritzmitteln hat diese Bekämpfungsart gründlich und wiederholt zu geschehen, ein oberflächliches Abbrausen nützt nur wenig. Frühjahrsbepflanzungen sind bei trockener Witterung dürr und durchdringend zu gießen, ebenfalls blühende oder blühende Bäume. Dadurch wird nicht nur die Fruchtentwicklung gefördert, sondern auch einem frühzeitigen Abfall der Blüten bzw. Früchten, bewirkt durch Trockenheit, wirksam begegnet. Das Eindampfen wird sonstiger. Bei Wintereinfrierungen ist der Verband nachzusehen und gegebenenfalls zu lockern. Wildtriebe sind sofort zu beseitigen. Der Sommerchnitt der Zwerg- und Spalierbäume ist in Angriff zu nehmen. Blühende Bäume werden in Beschäftigung eintretender Nachfröste mit Decken, starkem Papier oder dergl. bedeckt. Die Baumstämme sind öfters zu baden und locker zu halten, damit Frost, Wärme und Feuchtigkeit ungehindert in den Boden eindringen können. Blühende Erbsenbeete sind öfters durchdringend zu bewässern. Gerade Erdbeeren bedürfen während dieser Zeit große Mengen Feuchtigkeit, um einen reichen Fruchtanfang zu gewährleisten. Um die reifen Früchte vor einer Verwundung mit dem Erdboden und einem Verschmucken zu schützen, unterlegt man die Pflanzen mit Sägeplanen, Häcksel u. dergl. Solche verhindert auch gleichzeitig ein zu rasches Austrocknen des Bodens. Bei Weinreben werden die überflüssigen Triebe entfernt bzw. entzippt.

Der Standort der Rosen im Garten ist abhängig zu machen von den verschiedenen Sorten; auch das Klima hat ein Wort mitzusprechen. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß die Rosen sich an einem nach Südosten offenen Platz am besten fühlen. Wo die Sonne gar nicht hinkommt, da gedeihen die Rosen ebenso schlecht, wie an Stellen, die rauen Winden ausgesetzt sind. Die meisten Rosen haben es gern, wenn zur Zeit der Mittagssonne leichter Schatten über sie fällt. Die nur wenig gefüllten Sorten halten sich an leicht beschatteter Stelle länger, als wenn sie stets voll von der Sonne bestrahlt werden. Stark gefüllte Sorten blühen im Schatten schwerer auf als an sonniger Stelle.

Spiel und Sport.

Olympische Spiele. Die Olympischen Spiele in Antwerpen haben dieser Tage mit Kämpfen im Eishockey und Schlittschuh-Runslaufen begonnen. An den Vorwettren sind die folgenden Nationen beteiligt: Belgien, Kanada, Frankreich, Schweden, Schweiz und Vereinigte Staaten. Die ersten Olympischen Kämpfe kommen erst im Juli und August zum Austrag. Die Teilnehmer aus Amerika, die diesmal unter Führung von Matthew B. Salpin stehen, werden im August in Antwerpen eintreffen, nachdem Vorkämpfe am 26. Juni in Chicago und die endgültigen Entscheidungskämpfe am 17. Juli in Hartward stattgefunden haben. Drei südamerikanische Staaten haben im letzten Augenblick auf eine Beteiligung an der Antwerpener Olympiade verzichtet: Argentinien, Uruguay und Chile. Diese Staaten veranstalten eigene olympische Spiele in Santiago, deren Programm mit dem in Antwerpen genau übereinstimmen wird.

Vermischtes.

Die Fingigkeit der Post war früher ein Ausmaß, auf das alle Jünger Stephanus ebenso stolz waren, wie auf den guten Ton in allen Lebenslagen, den sie auch in der Hitze der Arbeit und in schwierigen Fällen zu wahren suchten. Daß heute mit anderen Zeiten auch andere Sitten eingekehrt sind, könnte man aus einem Fall entnehmen, der einem in Köln heimkehrenden Verbands rheinisch-westfälischer Firmen zugestossen ist. Der Verband hatte, wie der „Köln. Stadtmag.“ berichtet, ein Rundschreiben an weit über hundert seiner Mitglieder versandt. Einer von den Briefen, der an eine S. m. b. H. im Vergischen Land gerichtet war, ist nun als unbeschriftet zurückgekommen, während der Vermerk der Post auf der Rückseite des Umschlages lautete: „In D. . . unbekannt“, und „In G. . . unbekannt“, hat ein Kölner Postbote, der nun den Brief wieder an die Ausgangsstelle zurückbringen sollte, auf die Vorderseite unter die aufgebrachte Firma des Verbandes mit Tinte geschrieben: „Das Wichtigste, die Straße und die Hausnummer fehlt. Die Postbeamten haben doch keine Hundeschnauze, daß sie alles riechen können.“ Wir nehmen an, daß die Postverwaltung nach wie vor ihre Fingigkeit beweisen möchte, und diesen ungehörigen Ton, den wir als Ausnahmeerscheinung und nicht als Zeichen der Zeit ansprechen möchten, als unberechtigt ansieht.

Gibt es das wirklich noch? Man fragt sich unwillkürlich: Ja, gibt es das wirklich noch, wenn man zwei kleine Erlebnisse liest, die F. Schwab im „Ausflug“ zum besten gibt. Vor dem Kriege war ich einmal mit einem Bekannten zusammen eingeladen; aber der lehnte ab: „In diesem Hause gibt es zweierlei Butter, Kochbutter und Tafelbutter. Da kann ich mit meinen Geschmacksnerven nicht essen.“ — Im Heimatort des Verfassers ist es üblich, zu Einladungen einen Koch ins Haus zu nehmen. Wir besetzten, fährt er fort, diese Regel und bestellten einen der meistbegehrten Kochkünstler. Zwei Tage darauf sagte die Mehrzahl der Gäste ab. Da gestand meiner Frau ihr Mann, die Köchin von Frau Rat H. sei neulich morgens bei ihr gewesen und habe sie, sichtlich im Auftrag der Herrin gefragt: Welchen Koch habt ihr bestellt, den erster oder zweiter Klasse. Da habe sie zugeben müssen, den zweiten Klasse. Darauf habe die Köchin lächelnd gelacht: Da wartet ihr lang, bis wir kommen, wir essen nur von Köchen erster Klasse. — Und so behauptet Schwab, ist es da heute noch so! — Die Leute scheinen trotz dieses Krieges, dieser Revolution und dieses Friedensschlusses nichts gemerkt und nichts vergessen zu haben.

Kurz und bündig. (Schwedischer Humor.) „Ich bin der Witwer Jönsson“, sagte er, „habe 40 000 Kronen Vermögen und will Sie zur Frau haben. Sie haben 10 Minuten Bedenkzeit.“ — „Ich brauche keine 10 Minuten“, sagte sie. „Ich bin Geschäftsfrau, habe 75 000 Kronen und will mich nicht mit Ihnen verheiraten. Sie haben 10 Minuten Zeit, sich davonzupacken.“ — Er ging.

Der Wettersturz. In ganz Süddeutschland ist ein empfindlicher Wettersturz eingetreten. Im Schwarzwald fiel Nieschnee. Die Berge sind bis auf 1100 Meter herab verschneit. Die Obstblüte in Baden, Württemberg und in der Pfalz ist glücklicherweise beendet und die Blütezeit ohne Störung verlaufen.

Lauter linke Stiefel. Wie sich bei einer Gerichtsverhandlung herausstellte, erlebte in Frankfurt a. M. eine Einbrecherbande dadurch eine große Enttäuschung, daß sie als Beute eines Einbruchs in ein Schuhgeschäft etliche 100 linke Stiefel heimgeschleppte. Die Einbrecher vermuteten in einem verschlossenen Schrank besonders seine Schuhe, wurden darin auch nicht gefaßt, nur hatten sie das Recht, Ausstellungsstücke zu erwischen, von denen sich das rechte Gegenstück im — Schrankhinter befand.

Eine Bekte. Das Schwurgericht in Meiningen verurteilte den Schlosser Schreppel, der in Rodach ein zehn-jähriges Mädchen schändete, die Leiche zerstückte, das Fleisch als Kalbfleisch verkaufte und selbst davon aß, zum Tode und fünfzehn Jahren Zuchthaus.

Die Geldentwertung. Je mehr Frankreich gezwungen ist, vom Auslande zu hohem Wechselkurs zu importieren, desto tiefer sinkt der Frankenkurs, desto höher steigen die Preise im Lande selbst und desto größere Fortschritte macht die Entwertung des Geldes in Frankreich. Cümliche Erscheinungen dieses in Deutschland beobachteten Kreislaufs der wirtschaftlichen Verelendung treten nun auch in Paris immer angeständlicher zutage. So gar bis zum Verschwinden des Hartgeldes aus dem öffentlichen Verkehr. Die großen Mengen Silbergeld, die man noch vor Jahresfrist in Frankreich hatte, sind fast spurlos verschwunden, genau so, wie vor zwei Jahren in Deutschland wird jetzt in Frankreich Silber- und Nickelgeld gebankt. Auch Provinzialstädte, besonders im Osten, wie Nancy, Toul, beginnen jetzt, wie die „V. Z.“ berichtet, mit dem Druck von Notgeld bis zur Höhe von 2 Franken.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank

%		Geld	Brief
4	Nass. Landesbank	102,50	121,0
3 1/2	do.	94,—	—
3 1/2	do.	90,—	—
3	do.	79,50	—
4	Frankf. Hyp.-Bank	103,50	103,50
3 1/2	do.	92,50	92,50
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	101,25	123,—
3 1/2	do.	87,—	87,—
5	Deutsche Reichsanleihe	79,75	79,75
4	do.	76,—	76,—
3 1/2	do.	67,75	67,75
3	do.	—	—
Devisen			
	Frankreich	344 1/2	345 1/2
	Holland	2107 1/2	2113 1/2
	Schweiz	102 1/2	102 1/2
	Schweden	1208 1/2	1212 1/2

Verordnung

über Höchstpreise für Milch und Butter.

Auf Grund der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Verordnungsregelung vom 25. Sept. 1915 — R.G.B. I S. 607 — und der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Verordnungsregelung vom 4. Nov. 1915 — R.G.B. I S. 728 — und der dazu erlassenen Ausführungsanweisungen

wird für den Umfang des Unterlahnkreises folgendes bestimmt:

§ 1. Der Erzeugerhöchstpreis für Vollmilch beträgt für 1 Liter 1 Mark zuzüglich einer Ablieferungsprämie von 80 Pfennig.

§ 2. Der Erzeugerhöchstpreis für Butter beträgt 10 Mk. per Pfund. Die Ortskommisstellen dürfen beim Kleinverkauf der Butter in der Gemeinde selbst, sowie für die frachtfreie Ablieferung nach der Bedarfsgemeinde einen Aufschlag von 1,50 Mk. per Pfund zulassen.

§ 3. Mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer die in dieser Verordnung festgesetzten Preise überschreitet. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Erzeugnisse, auf die sich die strafbare Handlung bezieht erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 4. Diese Verordnung tritt an dem auf den Tag der Veröffentlichung im Amtlichen Kreisblatt folgenden Tag in Kraft.

Die z. den 17. April 1920.

Der Kreisausschuß des Unterlahnkreises.

J. B.

Scheuern.

Bekanntmachung.

Zur Schaffung von Ackergelände pp. ist beabsichtigt, einen Teil des Walddistrikts Eisenkauten abzuholzen. Einwohner, welche auf Zuteilung von Feld reflektieren, wollen sich bis 5. Mai, mittags 12 Uhr, auf dem Rathause melden. Bei der Verpachtung werden in erster Linie die vorgemerkten Bewerber berücksichtigt. Die Ausforschungsarbeiten werden städtischerseits vorgenommen.

Rassau, 30. April 1920.

Der Magistrat:

Hajenclewer.

Bekanntmachung.

Um Felddiebstählen nach Möglichkeit vorzubeugen, wird schon jetzt darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre eine Belohnung bis zu 100 Mk. ausgelegt wird für jeden Fall, in dem von hiesigen Einwohnern Angaben gemacht werden, welche zur Bestrafung der Täter führen.

Rassau, 29. April 1920.

Die Polizei-Verwaltung:

Hajenclewer.

Bekanntmachung.

Für eine hier einzurichtende Mutterberatungsstelle wird ein geeignetes Lokal gesucht. Gemünscht werden 2 nebeneinanderliegende Räume, möglichst zur ebenen Erde. Die Räume werden alle 14 Tage etwa 3 Stunden benützt. Heizungsmaterial wird gestellt.

Angebote werden baldigst erbeten.

Rassau, 30. April 1920.

Der Magistrat:

Hajenclewer.

Bekanntmachung.

Am Wasserstollen im oberen Kaltbach führt eine Brücke über den Bach. Die Brücke wird nicht mehr benötigt und soll entfernt werden.

Kaufangebote (einschl. Ausführung der Beseitigung) werden bis 11. Mai erbeten.

Rassau, 30. April 1920.

Der Magistrat:

Hajenclewer.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 6. Mai d. Js., mittags 12 Uhr, soll die Brannung auf dem Ueberauweg und auf der Bleichwiese im hiesigen Rathause versteigert werden.

Rassau, 30. April 1920.

Der Magistrat:

Hajenclewer.

Bekanntmachung zum Kapitalertragssteuergesetz.

Das von der Nationalversammlung beschlossene Kapitalertragssteuergesetz verpflichtet die Schuldner, bei Zahlung ihrer Schuldenzinsen 10 vom Hundert der Zinsen einzubehalten und an das für sie zuständige Finanzamt abzuführen. Dies gilt schon für alle Zinsen, die am 31. März oder 1. April 1920 fällig werden, ebenso wie für die späteren fällig werdenden Zinsen. Die Steuer muß binnen einem Monat nach Fälligkeit der Zinsschuld entrichtet werden, wobei der Schuldner Name und Wohnung des Gläubigers, den Schuldbetrag, den Betrag der geschuldeten Zinsen und den Zeitraum, für den die Zinsen zu zahlen sind, anzugeben hat. Darlehenszinsen, die für die Zeit vor dem 1. Oktober 1919 geschuldet werden, bleiben steuerfrei.

Für die Zahlung der Steuer ist der Schuldner persönlich verantwortlich. Erfüllt er seine Verpflichtung vorfälliger oder fahrlässiger nicht, so kann er wegen Steuerrückzahlung oder Steuergeldverweigerung strafrechtlich verfolgt werden.

Hat der Gläubiger entgegen der gesetzlichen Vorschriften den vollen Betrag des geschuldeten Betrags ohne Abzug der Steuer erhalten, so ist er seinerseits ebenso verpflichtet, die Steuer zu entrichten, und zwar an das für ihn zuständige Finanzamt innerhalb eines Monats nach Erhalt der Zahlung. Für Schuldzinsen, die vor dem 31. März 1920 gezahlt sind, muß die Steuer ebenfalls entrichtet werden, wenn die Zinsen erst am 31. März oder später fällig werden.

Die Finanzämter sind verpflichtet dem Gläubiger auf Verlangen Auskunft darüber zu erteilen, ob der Schuldner die Steuer ordnungsmäßig abgeführt hat.

Ansprüche auf Befreiung von der Steuer bedürfen besonderer Anerkennung durch das Finanzamt.

Bis zur Errichtung der Finanzkassen, die in jedem Falle bekannt gemacht werden wird, sind die Zahlungen an die zuständige Kreiskasse zu leisten.

Die z. den 19. April 1920.

Der Vorstand des Finanzamtes für den Unterlahnkreis.

J. B.

Scheuern.

Wegen Futtermangel
4 Landhühner
zu verkaufen.

Frau Wagner,
Villa Beilstein.

Spazierstöcke
in großer Auswahl
eingetroffen.

Alb. Rosenthal, Nassau.